

Schmid, Klaus-Peter

Article — Digitized Version

Verstaatlichung, ein Wundermittel? Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmid, Klaus-Peter (1977) : Verstaatlichung, ein Wundermittel? Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 10, pp. 523-526

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135124>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verstaatlichung – ein Wundermittel?

Klaus-Peter Schmid, Paris

Sollte im März nächsten Jahres die Linke an die Macht kommen, steht Frankreich die Verstaatlichung eines Teiles der Privatindustrie sowie des gesamten Kreditsektors bevor, auch wenn der Umfang dieser Aktion – wie der kürzliche Streit zwischen Kommunisten, Sozialisten und Linksliberalen zeigt – umstritten ist. In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit mit ihren sehr stringenten ordnungspolitischen Vorstellungen sind die Motive und der historische Hintergrund dieser Aktionen teils kaum bekannt, teils werden sie als befremdlich empfunden. Der folgende Beitrag behandelt einige damit verbundene Aspekte.

Frankreich lebt spätestens seit den Sommermonaten im Wahlkampffieber. Alle Parteien wissen, daß die Entscheidung bei den Parlamentswahlen im März 1978 völlig offen ist. Zwanzig Jahre nach dem Machtantritt Charles de Gaulles hat die Linke eine echte Chance, eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu erobern. In ihrem Gemeinsamen Regierungsprogramm haben sich Kommunisten, Sozialisten und Linksliberale auch darauf festgelegt, wie die Grundzüge ihrer Politik aussehen würden. Die Vorstellungen von einer linken Wirtschaftspolitik werden dabei von einem Ziel beherrscht: der Verstaatlichung eines Teils der Privatindustrie sowie des gesamten Kreditsektors. Davon wären mindestens neun Industrieunternehmen mit 650 000 Mitarbeitern betroffen. Frankreich würde zum Industriestaat mit dem größten öffentlichen Anteil an der Wirtschaft.

Warum die Linke auf die Nationalisierungen drängt, hat sie 1972 im Gemeinsamen Programm unter der Überschrift „Die Demokratisierung und Ausdehnung des öffentlichen Sektors“ dargelegt: „Um die Beherrschung durch das Großkapital zu brechen und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik in Gang zu bringen, die mit der bisherigen Praxis bricht, wird die Regierung stufenweise die wichtigsten Produktionsmittel und die finanziellen Instrumente in Gemeineigentum überführen, die

gegenwärtig in der Hand dominierender kapitalistischer Gruppen sind. Der öffentliche Sektor wird ausgedehnt, demokratisiert und neu gegliedert.“

Drei Hauptmotive

Diese Begründung ist nicht viel mehr als eine ideologische Absicherung einer künftigen Politik. Doch die Diskussion der letzten Jahre und Monate hat für mehr Klarheit gesorgt. Heute lassen sich drei Hauptmotive für eine Politik der Verstaatlichung nach einem linken Wahlsieg erkennen.

□ *Die Durchsetzung nationaler Interessen:* Gerade die linken Parteien werfen der Wirtschaft immer wieder vor, sie stelle ihre Gewinn- und Rentabilitätsinteressen vor die Interessen der Allgemeinheit; große Konzerne, meist international verflochten, könnten sich dank ihrer Macht der Kontrolle durch den Staat entziehen und sich seinem Einfluß widersetzen. Der nationalisierte Sektor wird daher als unerläßliches Gegengewicht zur privaten Wirtschaft gesehen. Er hat die Aufgabe, sich den im Rahmen einer „demokratischen Planification“ festgelegten Zielen unterzuordnen und ihre Realisierung zu ermöglichen. Über „Contrats de Programme“ sollen den Staatsunternehmen konkrete Ziele (wie Exportanteil, Forschungsprogramm, soziale Verbesserungen) vorgegeben werden. Nationale Interessen sind aber auch die Unabhängigkeit von ausländischer Technologie, die Dezentralisierung der Produktion zur Reduzierung regionaler Disparitäten oder die Unterordnung unter eine staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik.

Dr. Klaus-Peter Schmid, 35, ist Frankreich-Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Paris.

□ *Die Verbesserung der Industriestruktur:* Trotz eines starken Konzentrationsprozesses ist die Größenordnung französischer Unternehmen im internationalen Vergleich meist noch nicht bedeutend; manche Branchen (etwa der Maschinenbau) sind vergleichsweise unterentwickelt. Nach der Nationalisierungsaktion soll vor allem die horizontale Konzentration in der Industrie des verstaatlichten Sektors vorangetrieben werden. Ziel ist einmal das Erreichen internationaler Konkurrenzfähigkeit, aber auch die Verbesserung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt durch das staatliche Gegengewicht zu den „privaten Monopolen“. Bestimmte Branchen sollen selektiv gefördert werden. Die Linke verspricht sich davon eine sinkende Abhängigkeit vom Ausland, eine Verbesserung der Handelsbilanz und ein Anwachsen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

□ *Die Demokratisierung der Betriebe:* Die Rechte französischer Arbeitnehmer in ihren Betrieben halten sich bisher in engen Grenzen. Gerade im Bereich der verstaatlichten Industrie haben aber die Gewerkschaften traditionell mehr Rechte als im Privatsektor; hier sind auch die sozialen Leistungen (etwa Urlaubsdauer, Kaufkraftgarantie, Lohnstruktur, Pensionsalter) vorteilhafter. Das Gemeinsame Programm sieht deshalb für den zu erweiternden staatlichen Bereich neben materiellen Vorteilen auch eine neue Art der Selbstverwaltung („Autogestion“) vor. Von den Arbeitnehmern gewählte Gremien sollen weitgehende Informations- und Mitspracherechte erhalten. Ziel ist die Dezentralisierung von Entscheidungen an übersichtliche Einheiten, um dem Individuum mehr Verantwortung zu geben und ihn an der Gestaltung seines Arbeitsinhaltes mitwirken zu lassen.

Was die Linke in Frankreich für die Zukunft vor Augen hat, ist das Ende des „Kapitalismus klassischer Art“, das Ende der „Unternehmerherrschaft“, das Ende der Abhängigkeit vom Ausland. Statt dessen wird ein Mischsystem mit verstärktem Staatsanteil propagiert, das (gestützt auf die demokratisierten Betriebe und die verbesserte Produktivität) Frankreichs Wirtschaft international konkurrenzfähig und damit relativ unabhängig macht.

Glaube an den Staat

Die Realisierung des Gemeinsamen Programms brächte für Frankreichs Wirtschaft mit Sicherheit einen großen Umbruch. Erstaunlicherweise zeigt sich die Öffentlichkeit davon ziemlich unberührt. Im Gegenteil: der Durchschnittsfranzose hat die Vorstellung, eine große Nationalisierungsaktion fördere die soziale Gerechtigkeit, setze der Dominierung durch private Interessen ein Ende und reduziere die Abhängigkeit von den verhassten

multinationalen Unternehmen. Meinungsumfragen haben eindeutig gezeigt, daß selbst die Übernahme florierender Industriekonzerne durch den Staat von vielen als notwendiges Übel oder als Fortschritt gesehen wird. Nicht nur die Linken glauben daran, daß der Staat seine Politik nur dann durchsetzen kann, wenn er sich als Instrument eines bedeutenden öffentlichen Sektors bedienen kann.

Dieser Glaube an die ordnende und lenkende Hand des Staates kann sich auf die jahrhundertalte französische Tradition des Dirigismus stützen. Im Grunde konnten sich die Franzosen nie vom Erbe Colberts freimachen. Seit dem 17. Jahrhundert vertrauen sie staatlicher Rationalität mehr als den Marktkräften. Bezeichnenderweise gibt es keine Ordnungspolitik, weder in der wissenschaftlichen Diskussion noch in der Praxis. Der Begriff der Marktwirtschaft ist genau genommen für die Franzosen ein Fremdwort geblieben.

Eingriffe in den Markt werden in Frankreich nicht vorgenommen, um Wettbewerbsverzerrungen oder sozial unerwünschte Nebenwirkungen des Wettbewerbs zu korrigieren. Sie dienen in erster Linie dazu, politische Prioritäten durchzusetzen. Marktregulierungen, Preiskontrollen, Devisenkontrollen Investitionsaufsicht für Ausländer sind Beispiele für den Staat in der Rolle des Gendarmen. Daneben muß er auch die Rolle des Finanziers spielen, der aus unerschöpflichen Quellen Zuschüsse verteilt: für die regionale Entwicklung, die sektorale Förderung, die Exportförderung, die Rettung schwacher Unternehmen.

Internationale Mittelstellung

Angesichts solcher Traditionen ist es nicht verwunderlich, daß der Staat in Frankreich auch als Unternehmer eine wichtige Rolle spielt. Ein alljährlich als Anhang zum Budget veröffentlichtes Verzeichnis¹⁾ wies für 1974 offiziell 660 Unternehmen aus, die ganz oder mehrheitlich verstaatlicht sind. Doch viele dieser Unternehmen haben Tochtergesellschaften gegründet, die nirgends erfaßt sind; das gleiche gilt für Beteiligungen. Generell kann man davon ausgehen, daß etwa ein Drittel der französischen Industrie verstaatlicht ist. Energieversorgung, Tabakindustrie, Kohlebergbau sowie Post- und Fernmeldewesen sind praktisch Staatsmonopole. Zwischen 40 und 80% liegt der Staatsanteil zum Beispiel in den Branchen Verkehr, Flugzeugbau, Waffen- und Munitionsfabrikation, Wohnungsbau, Depositenbanken.

¹⁾ Nomenclature des entreprises nationales à caractère industrie et commercial et des sociétés d'économie mixte d'intérêt national, Paris, Imprimerie Nationale. Vgl. auch den aufschlußreicher Untersuchungbericht des Senats über die öffentlichen Unternehmen: Sénat, Rapport d'information sur les entreprises publiques en 1976, No. 421, 8. Juli 1976, Imprimerie du Sénat.

Im internationalen Vergleich nimmt Frankreich eine Mittelstellung ein. Sein verstaatlichter Sektor hatte 1974 einen Anteil von 11 % an der Bruttowertschöpfung gegenüber 14 % in Österreich, jeweils 12 % in Italien und Schweden, 10 % in Großbritannien und 7 % in der Bundesrepublik. Die Zahl der Arbeitnehmer in der öffentlichen Wirtschaft ist seit Ende der fünfziger Jahre relativ konstant: Sie liegt bei 1,5 Mill. Beschäftigten (einschließlich Post und Eisenbahn mit jeweils 300 000 Mitarbeitern). Die Régie Renault und die Elektrizitätsgesellschaft EDF kommen auf je 100 000 Mitarbeiter. Von den privaten französischen Unternehmen kann allenfalls ein halbes Dutzend einen vergleichbaren Belegschaftsstand vorweisen.

Das Erstaunlichste an dem Konglomerat staatlicher Unternehmen oder Beteiligungen sind die Umstände, unter denen es entstanden ist. Oft waren es finanziell schwache Unternehmen, die vor dem Zusammenbruch gerettet wurden. Das galt 1871 für die Eisenbahnlinie zwischen Loire und Garonne, das galt ebenso während der großen Krise der dreißiger Jahre für einige Banken und Reede-

rien. Nach dem Ersten Weltkrieg gingen die Kalibergwerke im Elsaß aus deutscher Hinterlassenschaft in Staatseigentum über, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Renault wegen angeblicher Kollaboration mit den Deutschen enteignet.

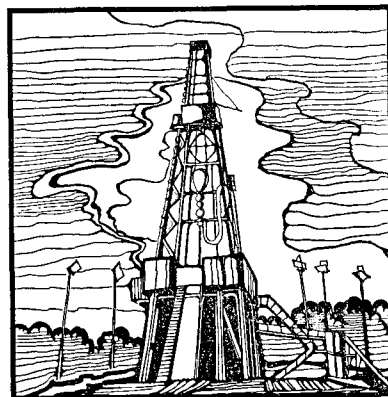
Zwei Verstaatlichungsaktionen kommen dem Konzept der linken Parteien von heute nahe: Während der Volksfront von 1936 (vor allem Eisenbahn und Flugzeugfabriken) und nach der Befreiung von der Besetzung 1944 bis 1946 (vor allem Depositenbanken, Versicherungen, Air France, Kohlebergwerke, Energieversorgung). Die Verfassung von 1946 forderte ausdrücklich die Verstaatlichung derjenigen Unternehmen, die den „Charakter eines öffentlichen Dienstes“ aufweisen oder eine „faktische Monopolstellung“ einnehmen. Wenn das Gemeinsame Programm der Linken heute die Ausdehnung des öffentlichen Sektors fordert, dann knüpft es praktisch an diesen Verfassungsparagraphen an. Kommunisten, Sozialisten und Linksliberale haben lediglich den Begriff „Monopol“ durch die Umschreibung „Beherrschung durch das Großkapital“ ersetzt, und an die Stelle des „öffent-

Öl und Gas - wir machen was daraus

Das Öl, das aus der Erde kommt, besteht aus Dutzenden von Stoffen. Sie voneinander zu trennen, umzuwandeln und zu erforschen, damit sie in vielen Bereichen zu gebrauchsfähigen Produkten werden, die für den Einzelnen nützlich sind, das ist unsere Aufgabe.

Mobil macht Treibstoffe, Heizöle, Motorenöle. Und vieles mehr: Außenanstriche von

Schiffen zum Beispiel, wie die meisten Lacke und Farben, Straßenbeläge und Baumaterialien, Kunststoffe für Dachrinnen, Koffer und Schuhsohlen, Schädlingsbekämpfungsmittel, Reinigungs- und Arzneimittel basieren auf Produkten, die wir in unseren Raffinerien herstellen.



Mobil

lichen Dienstes“ ist die Definition „Befriedigung grundsätzlicher sozialer Bedürfnisse“ getreten.

Pragmatische Einwände

Wenn auch die Öffentlichkeit von der Verstaatlichungsdebatte wenig Notiz nimmt, so haben doch Unternehmer und konservative Parteien ihre Argumente gegen die Vorschläge der Linken mit viel Nachdruck vorgetragen. Ihre Einwände sind weniger grundsätzlicher als pragmatischer Art. So ist unbestreitbar, daß (von einigen beachtlichen Ausnahmen abgesehen) die französischen Staatsbetriebe traditionell zuschubbedürftig sind. Für 1976 wurden die Reingewinne zwar mit rund 2 Mrd. Francs veranschlagt, doch den Löwenanteil steuerten die Banque de France und die drei nationalisierten Depositenbanken (BNP, Crédit Lyonnais, Société Générale) bei. Vom Staatshaushalt 1976 mußten netto 20 Mrd. Francs abgezweigt werden, um Verluste bei Staatsbetrieben zu decken. Das waren immerhin 6% der Haushaltsausgaben.

Für viele ist die Ursache der schlechten Geschäftsergebnisse nicht nur in der Art der Unternehmen und in einem unbeweglichen, bürokratischen Management zu suchen. Meist steckt dahinter ein grundsätzliches Problem: der Widerspruch zwischen den Anforderungen der Rentabilität und den vom Staat auferlegten Produktionsbedingungen und -zielen. Am deutlichsten wird dies, wenn von der Wahrung nationaler Interessen oder von nationaler Unabhängigkeit die Rede ist. Solche Forderungen laufen meist auf die Durchsetzung kostspieliger Prestigeobjekte hinaus, für die im Rahmen internationaler Arbeitsteilung kein Platz wäre. So hat das Überschallflugzeug Concorde zwar zu technischen Spitzenleistungen geführt, aber gleichzeitig den staatlichen Konstrukteur SNIAS und die Fluggesellschaft Air France tief in die roten Zahlen getrieben.

Programmwiderrsprüche

Die Unterzeichner des Gemeinsamen Programms versichern zwar, Verstaatlichung bedeute keineswegs Aufgabe betrieblicher Autonomie. Vielmehr müsse man gerade den zu nationalisierenden Unternehmen weitgehende Bewegungsfreiheit einräumen. Doch die bisherige Erfahrung beweist eher das Gegenteil. Hier sehen viele Kritiker einen entscheidenden Widerspruch des Gemeinsamen Programms: Würde eine linke Regierung darauf verzichten, massiv auf die Geschäftspolitik des nationalisierten Sektors einzuwirken, dann könnte sie ihre eigenen Ziele kaum erreichen. Die Verstaatlichung kann nur dann einen Sinn haben, wenn sie der Regierung ein zusätzliches Instrumentarium für ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik an die Hand gibt.

Ein zweiter Widerspruch: Durch die Verstaatlichung der großen Industriekonzerne soll ein Machtposition zerstört werden; doch genau genommen geht sie lediglich auf den Staat über. An der Oligopolposition in den entscheidenden Branchen würde sich kaum etwas ändern, sofern nicht der Monopolisierungsgrad noch wächst. Es ist schwer zu sehen, wie dabei die Konkurrenz zunehmen soll. Daneben fühlen sich viele Klein- und Mittelbetriebe in ihrer Existenz bedroht. Ihre Sicherheit die Linke zu, sie bekämen gerade durch die Nationalisierung der Privatkonzerne neuen Spielraum und könnten mit gezielter Förderung rechnen. Wie das in der Praxis geschehen könnte, wurde allerdings bisher nie präzisiert.

Reihe von Ungewißheiten

Neben den offensichtlichen Widersprüchen stellt eine ganze Reihe von Ungewißheiten. Uneinigkeit herrscht zum Beispiel noch über den Modus, nachdem die Entschädigungen bezahlt werden sollen. Die Ausgestaltung der Selbstverwaltung in den Betrieben, den Sozialisten um vieles wichtiger als den Kommunisten, ist absichtlich offen gelassen. Die Haltung zum Gemeinsamen Markt, zu protektionistischen Maßnahmen, zu ausländischen Investitionen bleibt ungeklärt. Niemand hat auch bisher eine Antwort darauf gegeben, wem die Leitung der neuen Staatsbetriebe anvertraut werden soll. Es wäre wenig sinnvoll, einfach Technokraten mit linken Sympathien aus den Ministerien in die Unternehmen zu delegieren. Nur über eines sind sich die Partner des Gemeinsamen Programms einig: Drei Monate, nachdem sie die Regierung gebildet haben, soll die Verstaatlichungsaktion abgeschlossen sein . . .

Bei aller Skepsis und berechtigten Kritik wäre es allerdings falsch, Frankreich den Weg in den Kollektivismus zu prophezeien. Das mag das langfristige Ziel der Kommunistischen Partei sein. Doch auch sie weiß, daß dafür im Linksbündnis kein Platz ist. Niemand denkt an die generelle Verstaatlichung aller Produktionsmittel sowie von Grund und Boden. Zumindest die Sozialisten haben auch ihren Glauben an die Tugenden eines imperativen Plans aufgegeben. Und François Mitterrand, der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei, hat sich immerhin zu dem Bekenntnis durchgerungen: „Ohne Gewinn kein Fortschritt.“ Doch bei alledem konnte Frankreichs Linke bisher nicht eindeutig aufzeigen, daß die Verstaatlichung wirklich eine Voraussetzung für eine Modernisierung der französischen Wirtschaft sind. Sie passen zwar in eine lange politische Tradition, werden den Politikern aber sicher nicht das erhoffte Wundermittel bescheren.